

Mittwoch, 25. März 1992

„Veränderungen weit über VG hinaus“ Postfrachtzentrum: VG-Rat stimmte der Änderung des Flächennutzungsplanes zu

wbl. VG BODENHEIM — Zwar nicht die „Christel“, wohl aber ein „Team von der Post“ erwartet der Bodenheimer Verbandsgemeinderat in einer seiner nächsten Sitzungen, um sich über zu erwartende Belastungen durch das Bodenheim/Nackenheim Postfrachtzentrum informieren zu lassen. Auf diesem Weg erhoffen sich die Ratsmitglieder konkretere Eckdaten, aufgrund derer weitergehende Entscheidungen zustande kommen sollen.

Zunächst aber beschlossen die VG-Räte mit den Stimmen der CDU und SPD eine Änderung des Flächennutzungsplanes für ein 12 Hektar großes Gebiet südlich des B9-Zubringers. Aus landwirtschaftlich genutzter Fläche wird somit — vorbehaltlich der Zustimmung von Bodenheim und Nackenheim — Gewerbefläche, die dann für das Postfrachtzentrum zur Verfügung stünde. In den Beschluß mitaufgenom-

men wurde ein SPD-Antrag, der bei Bau des Postfrachtzentrums eine Entlastungsstraße für die Ortsdurchfahrten der fünf Gemeinden der VG Bodenheim fordert, der Post mit auf den Weg gibt, soviel wie möglich von ihrem Frachtgutgeschäft über die Bundesbahn abzuwickeln und eine Forcierung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) durch Post und Landesregierung vorsieht. Gegen das gesamte Beschlußpaket votierten fünf Ratsmitglieder der GAL und FWG.

In der Aussprache des Rates hatte zunächst Bürgermeister Krämer den Beschlußvorschlag der Verwaltung begründet: „Es ist nicht Euphorie angesagt, es werden Flächen versiegelt, und es entsteht erheblicher Lkw-Verkehr.“ Aber die Wirkung des Frachtzentrums auf den Arbeitsmarkt und die Dienstleistungsunternehmen der Region sei beträchtlich. In der Abwägung von pro und kontra

dürfe man sich also „nicht von eigensüchtigen Motiven leiten lassen“. Allerdings erhoffe er sich dafür auch Entgegenkommen seitens der Landesregierung bei anderen Projekten.

Für CDU-Fraktionssprecher Rudi Hock stand auch der Gesichtspunkt „der strukturellen Veränderung weit über die VG hinaus“ im Vordergrund der Überlegungen. Probleme, die mit dem Frachtzentrum einhergingen, müßten mit der Post gemeinsam gelöst werden. Den Eingriff in die Natur, Belastungen durch Lärm und Licht stellte SPD-Fraktionssprecher Thomas Glück den „deutlichen Strukturverbesserungen“ gegenüber. Eine Ablehnung des Standortes Bodenheim könnte seiner Meinung nach sogar negative Auswirkungen auf die einzige rheinland-pfälzische Oberpostdirektion (OPD) in Koblenz haben, wenn sich die Post rechtsrheinisch niederlasse. Für die FWG machte Fraktionsspre-

cher Engel klar, daß es aufgrund des immensen Flächenverbrauchs und der zu erwartenden Abgase und Staus durch den Zulieferer- und Abtransportverkehr keine Zustimmung seiner Partei geben werde. Nach seinen Informationen sei mit täglich 100 Großlastzügen (38 Tonnern) und etwa 200 Kleintransportern zu rechnen — eine Belastung, die nicht verkraftet werden könne. GAL-Sprecher Knab zog sich auf die Position zurück, daß der regionale Raumordnungsplan der vorgeschlagenen Flächennutzungsplanänderung entgegenstehe. Er befürchtete sogar, daß die mit dem Frachtzentrum einhergehenden Lärm- und Abgasbelastungen für das Nackenheimer Baugebiet „Am Rudelheck“ bis hin zum Industriegebiet-Volumen anwachsen könne und ein wichtiger Frischluft-Austauschkorridor verbaut werde.